

Steuerverfahren Stadtpalais der Liechtensteins: Schmid-Chats weisen auf Interventionen hin

Im Zuge der Steuerprüfung einer Wiener Immobilie des Fürsten von Liechtenstein gab es ebenfalls Interventionen. Auch hier steht der Verdacht im Raum, das Finanzministerium könnte versucht haben, einem Superreichen aus der steuerlichen Patsche zu helfen.

Konkret ging es bei dem Fall um das fürstliche Stadtpalais in der Bankgasse, in unmittelbarer Nähe des Bundeskanzleramtes, das vier Jahre lang bis zum Frühjahr 2013 aufwändig renoviert worden war. Die Kosten dafür beliefen sich auf rund 100 Millionen Euro.³⁸⁶ Bei der folgenden Großbetriebsprüfung war lange strittig, ob es sich bei dieser Renovierung um eine wirtschaftliche Investition oder lediglich um private Ausgaben des Fürsten handelte. Würden die Steuerbehörden die Sanierung als „Liebhaberei“ einstufen, so wäre die zuvor abgezogene 20-prozentige Umsatzsteuer in Höhe von zirka 20 Millionen Euro sofort fällig geworden. Für Letzteres spricht, dass die hohen Kosten bei lebensnaher Betrachtung nicht durch gelegentliche Vermietungen des Palais für Events und Führungen gedeckt werden können.³⁸⁷



Foto: Von Thomas Ledl - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35948506>

Allerdings intervenierte bereits zwei Jahre zuvor Gabriela Spiegelfeld, ehemalige Beraterin von Ex-Kanzler Sebastian Kurz, bei BMF-Generalsekretär Thomas Schmid:

Nachrichtenverlauf von Gabriela Spiegelfeld und Thomas Schmid vom 12. Juli 2017:³⁸⁸

„Du thomas, der Fürst v liechtenstein regt sich auf: seine Investitionen in der Bankgasse sollen als Liebhaberei deklariert werden. Er ist sauer und wird nicht mehr in ö investieren. Kannst du marie liechtenstein anrufen [...] Bitte, wichtiger kontakt!!!!“

Spiegelfeld

„Oh Gott! Ich kümmerge mich darum!!“

Schmid

„Perfekt Die Liechtensteins werden wir noch brauchen“

Spiegelfeld

Spiegelfeld berichtete Schmid auch, dass es „starke Interventionen bei HBM“ gegeben habe.³⁸⁹ Dennoch konnte sich der damalige Finanzminister Hans Jörg Schelling bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss nicht daran erinnern.³⁹⁰

Für Thomas Schmid scheint die Sache aber doch wichtig genug gewesen zu sein, Sektionschef Gunter Mayr mit einem Briefing zu beauftragen, um auch Schellings Nachfolger Hartwig Löger „aus erster Hand“ über die Causa zu informieren.³⁹¹

Macho bestritt im Untersuchungsausschuss, dass bei ihm jemand in dieser Causa interveniert habe.³⁹² Auch an Interventionen bei Minister Löger könne er sich nicht erinnern.³⁹³ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Macho laut Eigenaussage „genau drei, vier Fälle übernommen“ habe, die er „in möglichst richtiger Zeit löse[n]“ solle.³⁹⁴ Bei all diesen Fällen – Fürst Liechtenstein, René

Benko, Illwerke und Siegfried Wolf – war es zu politischen Interventionen vonseiten der ÖVP gekommen.

Ende 2019 scheint der Fall jedenfalls zugunsten der Familie Liechtenstein gelöst worden zu sein, denn die Finanzverwaltung sah von einer Steuernachzahlung in Millionenhöhe ab. Macho verwies dazu auf eine geänderte Rechtsprechung des VwGH.³⁹⁵



Der Fall Pierer: Die rechtswidrige Maulwurfsuche im Finanzministerium

Auch ÖVP-Großspender Stefan Pierer profitierte von außergewöhnlichen Aktivitäten des ÖVP-geführten Finanzministeriums.

Pierer war im Jahr 2017 einer der größten Parteispender der ÖVP. Seine Spende in Höhe von 436.563 Euro im Zuge des Nationalratswahlkampfes an die Bundes-ÖVP wurde mit 5. September 2017 dem Rechnungshof gemeldet.³⁹⁶ Nur drei Wochen später legte sich das ÖVP-geführte Finanzministerium für Pierer ins Zeug, als am 29. September bekannt wurde, dass Pierer (gemeinsam mit 146 weiteren Personen) auf der sogenannten „Abschleicherliste“ (Kapitalzufluss- und -abflussgesetz-Meldeliste) auftauchte.³⁹⁷ (Pierer hat im Zuge von Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein 20 Millionen Euro nach Österreich überwiesen und entging damit einer Steuernachzahlung von

sechs Millionen Euro.³⁹⁸) Nur sieben Stunden nachdem die Information an die Öffentlichkeit gelangte (vom Zeitpunkt der ersten Vorabmeldung im Profil; Sa. 30.09.2017, 8.00 Uhr), eröffnete Finanzminister Hans-Jörg Schelling die Jagd auf den internen „Maulwurf“.

WhatsApp-Verkehr zwischen Hans-Jörg Schelling und Generalsekretär Thomas Schmid vom 30. September 2017³⁹⁹

„Wer hat Zugang zu den Kapitalzufluss-/ Abflusskontrollen?“

Schelling

„Dass das von uns rausgeht ist eine Vermutung und ich glaube es NICHT ...“

Schmid

„Eigentlich müssten wir sehen, wer das aufgerufen hat. Der Computer hinterlässt Spuren.“

Schelling

Für BMF-Sektionschef Eduard Müller (zu dessen Aufgaben auch Personalangelegenheiten gehörten⁴⁰⁰) hatte der Fall sofort höchste Dringlichkeit. „Wahrscheinlich noch am selben Tag“⁴⁰¹ schaltete er das Büro für interne Angelegenheiten (BIA) ein, obwohl dieses für Verletzungen des Amtsgeheimnisses nach Paragraph 310 des Strafgesetzbuches gar nicht zuständig war.⁴⁰² Selbst der Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, wurde gebeten „Wegen der Pierer Sache [...] ein Auge drauf [zu] haben!“⁴⁰³

Ein Mitarbeiter des Finanzamtes für Großbetriebe merkte dazu im Untersuchungsausschuss erschüttert an, dass ihm und einem weiteren Mitarbeiter auf Druck von BMF-Sektionschef Eduard Müller „disziplinar [...] ziemlich wild getan worden“ war.⁴⁰⁴ Müller übermittelte dem BIA nicht nur Daten zu dutzenden Mitarbeiter*innen, sondern forderte auch persönlich strafrechtliche Ermittlungen ein.⁴⁰⁵ Laut dem betroffenen Mitarbeiter des Finanzamtes sei es darum gegangen: